

Berichte

Die Rolle der Soziologie in der modernen Gesellschaft

Der 14. Deutsche Soziologentag in Berlin

Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie feierte anlässlich des 14. Deutschen Soziologentages in Berlin vom 20. bis 24. Mai 1959 ihr fünfzigjähriges Bestehen mit rund 470 Teilnehmern, also in einem Kreise, der die Teilnehmerzahlen früherer Kongresse weit übertraf. Allerdings sind die früheren Soziologentage meist in kleineren Orten abgehalten worden und erreichten dadurch eine gewisse Geschlossenheit des Teilnehmerkreises. Dieses Mal bot die Freie Universität Berlin in dem neuen Gebäude der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ideale Tagungsräume und zugleich einem weiteren Kreis Interessierter aus der Stadt die Möglichkeit der Teilnahme an den wichtigsten Veranstaltungen.

Auch in anderer Hinsicht hob sich dieser Soziologentag von früheren ab und ließ erkennen, daß die Deutsche Gesellschaft für Soziologie mit diesem Jubiläum am Ort ihrer Gründung zugleich einen neuen Abschnitt ihrer Entwicklung begonnen hat: die jüngere Generation der Soziologen trat mit teilweise noch studentischen — auch westdeutschen — Teilnehmern, aber auch mit den Referenten der Fachausschüsse wesentlich stärker als früher in Erscheinung. Ebenfalls neu war die Verbindung von Hauptvorträgen und sich teilweise zeitlich überlagernden Fachausschußveranstaltungen; sie ließ das Programm dichter und vielfältiger erscheinen, zwang allerdings die Teilnehmer, unter mehreren gleichzeitig gebotenen Veranstaltungen zu wählen.

Die Besinnung auf die Vergangenheit kam dabei nicht zu kurz. So ging Professor Dr. Jahn in seinen Begrüßungsworten am Vorabend des Kongresses auf die Gründung der Gesellschaft durch interessierte Gelehrte, vor allem Nationalökonomien und Philosophen, in geringerer Zahl dagegen Statistiker, Juristen und Psychologen, ein. Nicht Soziologen im engeren Sinne waren demnach ihre Begründer. Das Bild hat sich im Laufe der Jahrzehnte insofern gewandelt, als aus Nationalökonomien Soziologen wurden und ihre Schüler wiederum in größerer Zahl an ihre Stelle getreten sind, so daß das Schwergewicht der Gesellschaft heute bei Fachsoziologen im engeren Sinne liegt.

Der Besinnung auf die Vergangenheit dienten auch des Ehrenpräsidenten der Gesellschaft, Leopold von Wiese, Ausführun-

gen über die „Soziologie der Geselligkeit“ im Gedenken an den Vortrag Georg Simmels auf dem 1. Deutschen Soziologentag über dieses Thema. Leopold von Wiese zeichnete bei dieser Gelegenheit das Bild dieses „in der Welt der abstrakten Begrifflichkeit beheimateten Philosophen“, der dabei auch dem Leben und dem realen Zusammenleben der Menschen mit großer Feinfühligkeit nachging. Er schloß an diese Betrachtungen eine kurze Schilderung seines eigenen wissenschaftlichen Weges an, der charakterisiert wurde durch das Bemühen, von Georg Simmel ausgehend ein System der Beziehungen zu schaffen, „der Beziehungen, die den Rahmen unseres Daseins bilden“.

Aus anderer Sicht knüpfte Professor Dr. Plessner in seiner Eröffnungsrede des Kongresses an die Geschichte der Gesellschaft an, indem er den „Wandel der Auffassung unserer Gelehrten-gesellschaft von sich selber“ in den verschiedenen Abschnitten ihrer Entwicklung schilderte. Max Weber hatte in der ersten Phase Parteilosigkeit, Wertfreiheit im Sinne reiner Wissenschaft als Grundsatz auch der Soziologengesellschaft verfochten; er lehnte ebenso „Akademismus“ und „Ressort-Patriotismus“ ab, wie er die Gesellschaft nicht als „Notabilitätsgesellschaft“, sondern als Arbeitsgemeinschaft verstanden wissen wollte, die ihren Schwerpunkt nicht in Versammlungen der Mitglieder, sondern in den für jede Arbeit einzusetzenden Ausschüssen haben sollte. Dementsprechend sollte auch das Hauptgewicht der Tagungen in Fachausschüssen liegen; daneben sah er die Förderung von Publikationen als wichtige Aufgabe der Gesellschaft an. Unter dem Einfluß von Ferdinand Tönnies wurde 1922 diese offene Vereinsform aufgegeben; jetzt konnte nur Mitglied werden, wer sich durch Publikationen als „Stütze der Wissenschaft“ auswies und zwei Paten unter den Mitgliedern fand. Diesen Charakter hat die Gesellschaft bis 1955 behalten. Die Entwicklung des Faches an den Hochschulen brachte allerdings auch einen Wandel in der Soziologengesellschaft mit sich, der zu dem Beschluß des 13. Deutschen Soziologentages in Bad Meinberg 1956 führte, zwar den Charakter einer Gesellschaft von Wissenschaftlern und das Patensystem beizubehalten, aber dem Drängen der jungen Soziologen entsprechend den numerus clausus von 200 Mitgliedern aufzugeben. Zur Förderung der Kontakte der Mitglieder hat man nicht Sektionen und Untergruppen gegründet, sondern im Sinne der Konzeption Max Webers wieder das Schwergewicht der Aktivität in Fachausschüsse gelegt, die als Spiegel der jeweils aktuellen Interessen und Probleme des Faches dienen. Wie auch das Programm dieses Soziologentages zeigte, ist seither eine Reihe von Fachausschüssen gebildet worden: für Industriesoziologie, Religionssoziologie, Soziologie der Erziehung und Bildung, Ethnosozio-logie; Fachausschüsse für Methodenfragen der Soziologie und für Gemein-desoziologie sind in der Bildung begriffen. So wie sich die Fachausschüsse in den Anfangsjahren auch außerhalb der Gesellschaft stehende Mitglieder kooptieren sollten, sind die neuen Fachausschüsse wiederum bestrebt, in Kontakten mit

Menschen aus der Praxis der Forschung Hilfe durch Koordination zu leisten und die Planung neuer Forschungsvorhaben zu beeinflussen.

Zum Generalthema des Soziologentages charakterisierte Plessner die Soziologie als eine „Wissenschaft der freien Gesellschaft“. . . . „Geschlossene Gesellschaften dulden weder, noch brauchen sie Soziologie; sie kommen mit Statistik, Jurisprudenz und Propaganda aus.“ Jede Beobachtung eines sozialen Tatbestandes sieht sich vor der Aufgabe, auch eine umfassende Schau zu pflegen, deshalb ist Soziologie eine kritische Theorie. Nicht etwa zufällig, weil man vom Soziologen Hilfe bei sozialpolitischen Maßnahmen oder zur Unterrichtung der Wähler braucht, sondern aus Gründen der Struktur des Untersuchungsobjektes wird Soziologie zur institutionalisierten Kontrolle der Gesellschaftsverhältnisse, und zwar der sich wandelnden Gesellschaft; nur eine derartige Wirklichkeit macht ja die freie Gesellschaft aus. Plessner wandte sich gegen gelegentliche Verdächtigungen der Soziologie als „Erhebungsgewerbe“ und stellte vielmehr einen großen Nachholbedarf an Empirie in Deutschland fest. Daneben ist aber auch das Verständnis für theoretische Kleinarbeit in Deutschland gewachsen und kommt vor allem in der Forschung der Begriffe zum Ausdruck. So hat die Soziologie sich durch ihr Untersuchungsobjekt wie durch ihre Forschungsmethode als Werkzeug der Freiheit ausgewiesen.

Den Charakter der Soziologie als einer Wissenschaft der freien Gesellschaft bestätigten auch die Ausführungen Professor Dr. Stammers über „Die Lage Berlins als politisch-soziologisches Problem“, in denen er ebenso wie bereits kurz in seinen Begrüßungsworten bei der Eröffnung des Kongresses den Tagungsort zum Gegenstand einer vergleichenden Analyse als eine Art „Gemeindestudie in Teilausschnitten“ machte. Er widerlegte an der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung die Fiktion der ersten Nachkriegsjahre, daß man trotz verschiedener gesellschaftspolitischer Prinzipien die beiden Teile der Stadt zusammenhalten könne. Die Nachkriegsgeschichte Berlins beweist vielmehr, daß es möglich ist, ein Gemeinwesen mit politischen Mitteln am Leben zu erhalten und sein Wachstum zu fördern, während es isoliert, ohne diese Hilfe, zum Untergang verurteilt wäre. Als entscheidende Faktoren der politisch-gesellschaftlichen Neugestaltung Berlins bezeichnete Stammer die Schaffensfreude und Berufstüchtigkeit der Arbeitnehmer, den Wagemut der Unternehmer, den zähen Lebensmut der Mittelschichten, nicht zuletzt aber auch den politischen Willen und das Freiheitsbewußtsein in allen Schichten. Diese Kräfte fügen sich hier zusammen zu einem nicht widerspruchsfreien, aber im Endeffekt immer wirksamen Handlungsfeld, das bei Schwierigkeiten und auch Enttäuschungen zum Zuge gekommen ist. Berlin ist keine heroische Stadt, die Berliner empfinden sich keineswegs als Helden des Wiederaufbaus; der verbissene Widerstandswille der Blockadezeit läßt sich auch nicht auf die Dauer aufrechterhalten. Als besondere Problematik bezeichnete Stammer es, daß sich infolge der politischen Wachsamkeit, die man von allen Einwohn-

nern erwartet, und infolge der ständig gespannten Außensituation ein politisches Wechselspiel von Regierung und Opposition bisher nicht entwickeln konnte.

Professor Dr. Horkheimer ging in seinen Ausführungen über „Soziologie und Philosophie“ ebenfalls von der politisch-soziologischen Eigenart Berlins aus. Im allgemeinen tendiert die gegenwärtige Gesellschaft dahin, den Einzelnen in seiner Freiheit zu beschränken; heute ist ihm seine Freiheit nicht so wesentlich, wie sie es an anderen Stellen der Geschichte war. Diese Feststellung gilt zwar für die Gesellschaft schlechthin, aber dies in Berlin zu sagen — so meinte Horkheimer —, sei eigentlich fehl am Platze, weil gerade hier diese Gefahr der Gesellschaft am wenigsten zu spüren sei. „Die Gefahr, in der sich diese Stadt befindet, hätte vielleicht der Soziologie einen Hinweis zu geben, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, um dieses Bewußtsein der Freiheit im Einzelnen wieder lebendig zu machen.“

Was Horkheimer dann über das Verhältnis von Soziologie und Philosophie, z. T. in kritischer Auseinandersetzung mit deutschen und ausländischen jüngeren Soziologen sagte, mag Formulierungen in der Presse ausgelöst haben, wie z. B. von der „Kluft, spürbar zwischen einer Reihe der großen Senioren, die sich jenem Zweig der spekulativen, philosophisch orientierten Soziologie verhaftet fühlen, und der jungen Wissenschaftlergeneration, die sich der empirischen Soziologie verschrieben hat“. Horkheimer führte die Soziologie in ihren Anfängen auf eine „Art Geschichtsphilosophie“ zurück, „aber genauer und exakter, als die Geschichtsphilosophie in dieser Zeit sein konnte. Aber die Idee, daß man mit dieser Wissenschaft doch auf die Gestalt der Gesellschaft wirken wollte, war damals schon oder noch anstößig“; so begegnete die Soziologie in ihrer ersten Epoche schon allgemeinem Mißtrauen. Dann ging Horkheimer auf die Zeit bis zum ersten Weltkrieg ein, als die Soziologie mit dem Vorsatz, es der Naturwissenschaft an methodologischem Aufwand gleichzutun, auch äußere Erfolge verzeichnen konnte. Mathematische Apparatur und strikte Verifizierbarkeit werden um so entschiedener gefordert, je weniger der Stand methodischer Erfahrung und die Bedeutsamkeit der Resultate mit denen der Naturwissenschaften vorerst vergleichbar sind. Horkheimer sieht hier die Gefahr, daß die Soziologie sich als „Fertigkeit“ erfährt. Er stellte warnend an einem Beispiel seine Bedenken dar: daß es uns möglich ist, uns vorzustellen, wie sich die Natur aus den Atomen aufbaut, ist ein Zeichen der Herrschaft des Menschen über die Natur. Aber aus den einzelnen Elementen, in die wir die Gesellschaft bei einer Studie auseinandernehmen, können wir sie nicht zusammensetzen. Die Tatsachen, die die Empirie sich herstellt und zusammensetzt, sind nicht Elemente der Gesellschaft, sondern Produkte der durch heteronome Interessen gelenkten Abstraktion. Ohne Bekümmern um das Schicksal des Ganzen, ohne Idee im Sinne der großen Philosophie ist Soziologie als Wissenschaft so steril, wie sie es jener zu Unrecht vorwirft. Auch wenn die Soziologie sich an Fakten zu

halten hat, sind doch diese Fakten nicht nur durch die Methoden und das jeweilige Forschungsziel, sondern durch das gesellschaftliche Ganze und seine mannigfaltigen Momente als Gegenstand der Soziologie überall präformiert.

Der Gegenstand der Soziologie als Wissenschaft wird nicht weniger durch objektive Interessen bestimmt als andere Felder der Erkenntnis, aber deshalb brauchen die Interessen nicht die Exaktheit zu beeinflussen. Jede, auch jede empirische Untersuchung trägt subjektive, das Material bestimmende Momente an sich; diese Momente bewußt zu machen, zählt auch in den Bereich der Soziologie. Aber hier muß das Interesse, das von sich weiß, ebensowenig wie in anderen Disziplinen eine Beeinträchtigung der Sachlichkeit bilden, es wird sie eher fördern.

Indem die Anstrengung, das gesellschaftliche Leben auf seinen von Menschen gesetzten Sinn erkenntnistmäßig zu durchdringen, der theoretische und praktische Antrieb der Soziologie ist, bleibt auch ihre Beziehung zur Philosophie für sie konstitutiv. Der theoretische Gedanke heute ist gegen die Zeit durchgehaltene, in gesellschaftlichen Lettern buchstabierte philosophische Intention. Die Soziologie trägt trotz allem ausgebildeten Instrumentarium etwas von der Verantwortung der *mechanici*, der Philosophen des Barock. Auch heute ist es unmöglich, die Soziologie wahrhaft von der Philosophie zu sondern; in diesem Zusammenhang stützte sich Horkheimer auf eine Aussage René Königs, daß selbst „im konkreten Forschungsprozeß“ sich immer wieder Situationen ergeben, in denen die „Diskussion in einem gegebenen Falle einzig durch philosophische Überlegungen weitergebracht werden kann“. So kam Horkheimer zu dem Ergebnis: die Soziologie, die des Gedankens der Philosophie entbehrt, hat ihren Ursprung und ihre Mission vergessen.

Dienten Horkheimers Betrachtungen der Besinnung der Soziologie auf ihr Verhältnis zu anderen Wissenschaften, so führte Professor Dr. René König mit dem Thema „Die Wandlungen in der Stellung der sozialwissenschaftlichen Intelligenz“ zur Besinnung der Soziologen auf ihren eigenen Ort in unserer Gesellschaft; sie gehören ja selbst zu der sozialwissenschaftlichen Intelligenz, von der hier zu sprechen war. Wenn man gelegentlich hört, Philosophie sei das, was die Philosophen tun, so könnte man — meinte König — ebensogut sagen: „Soziologie ist das, was die Soziologen tun“; daraus ließe sich dann schließen, daß eine Vermehrung der sozialwissenschaftlichen Intelligenz sogar einen Einfluß haben müßte auf die Soziologie, der diese sozialwissenschaftliche Intelligenz entstammt. Das würde bedeuten: eine quantitative Vermehrung ihrer wissenschaftlichen Intelligenz müßte zu einem qualitativen Umschlag auch in der Soziologie führen. Hierbei rückte König ab von der Vorstellung jener Ortsbestimmung einer freischwebenden Intelligenz und stellte ihr das Engagement gegenüber. Dieses Engagement geht über jedes Klassenschema hinaus; allgemein wird in der Soziologie dem Problem der sozialen Klassen

noch viel Aufmerksamkeit geschenkt, es ist aber nicht mehr so, daß man die ganze Strukturproblematik der Soziologie auf das Modell der Klasse projiziert. Theodor Geiger und andere haben schon gezeigt, daß hinter dieser Änderung der Fronten in der Theorie nicht ein Oszillieren der Intelligenz zwischen einer freischwebenden Situation auf der einen Seite und einem intensiveren Engagement auf der anderen Seite steht. Daß Intelligenz freischwebend sein kann, schließt nicht aus, daß sie integriert und sozial verflochten sein könne. Vor allem aber wandte König sich gegen den Vorwurf, daß jede Bindung von Intelligenz an einen Betrieb oder an ein Amt als Verrat zu betrachten sei. Trotz der sozialen und wirtschaftlichen Verflechtung in die Gegenwartsgesellschaft kann die Intelligenz ihre kritische Funktion aufrechterhalten; sie muß damit nicht notwendig „zum Lobpreis der Mächtigen dieser Gesellschaft“ werden.

Ein anderer Teil der Kritik an Intelligenz und sozialwissenschaftlicher Intelligenz ist darauf gerichtet, ihren utopischen Charakter nachzuweisen, man wirft ihr den Mangel an Realismus, den Mangel an Kenntnissen aus eigener Erfahrung vor. Eine solche Kritik der Intelligenz und ihrer Stellung in der Gesellschaft muß parallel laufen mit der Kritik an der Stellung der Soziologie als Wissenschaft. Man könnte sagen, daß der Prozeß einer neuartigen Integration der Intelligenz in das soziale Geschehen einhergeht mit der Entstehung der Soziologie, denn das polemische Bild des freischwebenden Intellektuellen stammt von Comte. Die Integration der sozialwissenschaftlichen Intelligenz in das Strukturmodell der Industriegesellschaft wird für die Entwicklung dieser Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sein — die Wechselwirkung liegt auf der Hand. In dem Maß, in dem die verschiedenen Eliten der Intelligenz sich in den Wirtschaftsprozess einfügen, entfällt ihre soziale Isolierung; zugleich tritt eine Konsolidierung ihrer wirtschaftlichen Lage ein. Heute schon ist sozialwissenschaftliche Intelligenz an vielen Stellen tätig: im Zeitungswesen, an Zeitschriften, in Verlagen, als Intendanten und anderen Stellen. Überall aber lauern Vorurteile auf sie, als bedeute diese Art von Kommerzialisierung einen Abstrich an Qualität. Bei der technisch-organisatorischen Intelligenz ist man sehr viel zurückhaltender mit solch abwertendem Urteil.

Parallel mit der Entwicklung der Soziologie zur positiven Wissenschaft vom sozialen Geschehen hat sich die sozialwissenschaftliche Intelligenz der gleichen Wirklichkeit angenähert; sie unterliegt allerdings auch der gleichen Gefährdung in Staat und Wirtschaft durch Karriere und Ehrenzeichen. Demgegenüber hat sie die Unbestechlichkeit der Augen zu bewahren. Andererseits setzt die sozialwissenschaftliche Intelligenz jetzt auch ihre kritische Prüfung an dem Ort an, wo es sich zu prüfen lohnt: nicht in der literarischen Diskussion, sondern in der Alltagswirklichkeit, in der alle zukunftssträchtigen Entscheidungen gefällt werden.

Fragen an die Soziologie und die Bitte um Mithilfe bei der Erforschung einer Reihe von ihm eindrucksvoll geschilderter Fehlleitungen in sozialpolitischen Bereichen bedeuteten die Ausführungen Professor Dr. Achingers unter dem Thema „Soziologie und Sozialreform“. Auch hier ließe sich eine Parallele ziehen zu den ersten Anfängen der Soziologengesellschaft, als nämlich Leopold von Wiese — wie er am Vorabend des Kongresses berichtete — schon in der Gründungszeit der Deutschen Gesellschaft für Soziologie versucht hatte, eine Verbindung zwischen Georg Simmels Soziologie und der Wissenschaft von der Sozialpolitik herzustellen. Achingers kritische Analyse der mit der Institutionalisierung der Sozialpolitik verbundenen sozialen Gefahren mag auf den einen oder anderen der Hörer als Schock gewirkt haben — das war in persönlichen Gesprächen während der Kongreßpausen zu beobachten —, andererseits wurde doch der tiefere Sinn dieser Betrachtungen erkennbar: nicht destruktive Kritik zu üben, sondern den Ursachen gewisser Erstarrungstendenzen der sozialpolitischen Praxis in diesen Institutionen nachzugehen, und zwar mit Hilfe der Soziologie, zumal Achinger gesellschaftspolitische Aspekte der Sozialpolitik stets zu betonen pflegt. Aus dieser soziologischen Schau sieht er strukturbildende Kräfte der Institutionen, die keineswegs den mit ihrer Errichtung angestrebten Zielen entsprechen. Die Wirkung des gestalteten und gegenwärtig im weiteren Ausbau befindlichen Apparates vor allem auf dem Gebiet der Sozialen Sicherung wurde vom Referenten in mehreren Punkten belegt: da die Institutionen der Einkommens-Umverteilung als Selbstverwaltungskörperschaften Dauerhaftigkeit anstreben und in einem das alle anderen Bereiche übersteigenden Wachstum begriffen sind, müssen sie von der Hypothese ausgehen, daß der soziale Notstand, für den sie geschaffen wurden, auf die Dauer währt. Je mehr diese Institutionen eine solche Breite in der Gesellschaft einzunehmen tendieren, um so mehr muß ihr Vorhandensein die Auswahl der sozialen Aufgaben bestimmen, die als für die Gesellschaft wichtig herausgestellt werden. So führt die Vorherrschaft der Institute zu Glaubenssätzen in der Gesellschaft und damit zu einer im ganzen System ungewollten und in der Sozialpolitik nicht beabsichtigten Auslese sozialer Notstände. Jetzt geben die Institutionen den sozialen Notständen ihren Namen und halten so daran fest, daß auch die Betroffenen ihre Not selbst nur unter diesem Namen verstehen. Um als soziale Notstände anerkannt zu werden, müssen Mißstände in ausreichender Häufigkeit und Größe auftreten; man erkennt kein anderes Mittel für diese Notstände — wie z. B. Vorbeugung — an; schließlich müssen die Mißstände ausschließlich mit Geld- oder Sachleistungen zu beheben sein.

Achinger wäre mißverstanden, wollte man diese Sätze so deuten, als ob er Hilfen bei sozialen Notständen nicht bejahte; seine Kritik richtete sich vielmehr dagegen, daß durch persönliche Situationen verursachte Notlagen hierbei unbeachtet bleiben müssen. Weiterhin bezeichnete er die Justifizierbarkeit der Fakten als entscheidendes Kri-

terium eines sozialen Notstandes. Nunmehr wählt der einzelne in diesem Katalog für seine Situation nur solche Notstände aus, die in dieses Denkschema passen. Als besonders wichtiges, schon vor 70 und 80 Jahren entscheidendes Moment bezeichnete Achinger weiter die Auslese nach der politischen Relevanz. Dadurch kommen „die Leute mit den stärksten Trompeten“ in der Verteilung auch am stärksten zur Geltung; auch die „Darreichung barer Kasse“ vor Wahlen war Gegenstand der Kritik. Schließlich wies Achinger auf die Tendenz zum Zentralismus hin, die schon seit Gustav Schmollers Zeiten zu der Verlagerung der Verantwortung von der kleineren auf die größere Gruppe führte. „Das soziale Pathos, das von den großen sozialen Stadträten des vorigen Jahrhunderts ausging, ist verschwunden.“ Vor 50 Jahren ging die soziale Aktivität davon aus, einen Kontakt zwischen Helfer und Schützling herzustellen; die heutige Vorstellung von der Würde des Menschen strebt eine Versachlichung der Beziehungen zwischen dem Betreuten und der Institution an, persönliche Betreuung gilt nur noch für Einzelfälle als gerechtfertigt. Als „schwach“ bezeichnet zu werden, verstößt gegen die Dignität; keiner ist mehr hilfsbedürftig, aber alle sind rentenbedürftig. Damit hängt auch zusammen, daß keiner mehr als „Paria“ der heutigen Gesellschaft gelten will, und in einer Gesellschaft von Gleichen läßt man sich auch nichts schenken, man macht aber Rechtsansprüche geltend. Daraus folgert die Entwicklung des Äquivalenz-Prinzips, man schafft die Konzeption sozialer Leistungen als Gegenleistung. Weder im Sozialversicherungsprinzip noch im Entschädigungsprinzip ist die Äquivalenz echt vorhanden, doch das stört die Betroffenen nicht, es wird ihnen nicht bewußt, zumal die gesamte Tätigkeit der Geschädigtenverbände den Glauben des Empfängers an die Äquivalenz befestigt.

Mit diesen teilweise etwas scharfen Formulierungen verfolgte Achinger das Ziel, neben dem bereits bestehenden Zusammenwirken der Wissenschaft von der Sozialpolitik und der Soziologie von der Sozialforschung Ansatzpunkte für die sozialpolitische Praxis zu gewinnen, zumal die Praxis nach seinen Worten nicht mehr in ihrer alten Naivität und Selbstsicherheit verharren dürfe.

Einen besonderen ästhetischen Genuß bot und zugleich die größten Anforderungen an die Hörer stellte Professor Dr. Adorno in seinem Beitrag über die „Theorie der Halbbildung“ mit einer außergewöhnlich komplizierten, bis in feinste Nuancen geschliffenen Sprache und der eigentlich nur von einem in Hegels Schule Bewanderten verfolgbaren Gedankenführung. So konnte es nicht ausbleiben, daß manches Mißverständene in den lebhaften persönlichen Gesprächen zu hören war. Adorno hat aber — ob er nun immer richtig verstanden worden war oder nicht — eine so leidenschaftliche Diskussion dieses Themas angeregt, daß sie weit über den Kreis der Kongreßteilnehmer hinaus anhalten dürfte — das bereits ist ein besonderer Wert dieses Beitrags.

Nach seinen eigenen Worten waren diese Überlegungen entstanden aus dem Willen zur Selbstverständigung über gewisse Kategorien, die bei bildungssoziologischen Arbeiten als zu naiv vorausgesetzt erschienen. Hierbei wollte Adorno nicht alle institutionellen Kategorien des Bildungsbegriffs auf tun, sondern vielmehr etwas zu der Problematik einer institutionell gewordenen und dadurch in Widerspruch mit sich selbst geratenen Bildung aussagen. So suchte er Elemente einer Ableitung eines Zustandes des objektiven Geistes heute aus der Gesellschaft und aus der gesellschaftlichen Dynamik sowie aus den Begriffen, an denen sich dieser objektive Geist wesentlich orientiert; hingegen lag ihm nicht daran, eine nur beschreibende Analyse des Begriffes und der Formen der Halbbildung zu geben. Die sogenannte Bildungskrise sollte dingfest gemacht werden, da sich in ihr der Bildungsbegriff als problematisch erweist. So übermittelte Adorno nicht die Präzision von Erkenntnissen, sondern stellte vielmehr Reflexionen über die Totalität an; demgemäß lag es ihm auch fern, praktische Vorschläge zu machen, wie dem Problem der Halbbildung abzuhelpfen sei. Hiervor warnte er geradezu, da es heute gerade zur Problematik der Bildung gehört, daß man dadurch, daß man ihre Schwierigkeiten allzu rasch und unreflektiert in praktische Vorschläge übersetzt, die Problematik des Zustandes eher verstärkt, anstatt sie zu mindern.

Er gab auch keine Definition der Halbbildung, sondern nur eine „Andeutung, wovon die Rede ist“: von einem geistigen Zustand, der sich der Naivität, des Unwissens entäußert, der demnach auf der einen Seite reflektiert, aber auf der anderen Seite diesem eigenen Anspruch nicht gerecht wird, sondern in eine blinde Anpassung des Bewußtseins an den nun einmal vorhandenen Zustand ausweicht. Dies nannte Adorno die „Sozialisierung der Bildung“. Halbbildung geht nach Genesis und Sinn nicht der Bildung voran, sondern folgt auf sie als ihr Zerfallsprodukt. Damit sollte nicht gesagt sein, daß Klassen oder gar Individuen, die einmal gebildet waren, heute Halbgebildete geworden sind. Halbbildung ist aber daran zu erkennen daß in ihr überall die zerstreuten und toten Elemente von Bildung herumgeistern, ohne daß sie noch in einem sinnvollen Zusammenhang miteinander stehen.

Indem Bildung unlösbar verbunden ist mit dem subjektiven Aspekt von Kultur, wie sie sich im Bewußtsein des einzelnen Menschen darstellt, ist auch die Problematik von Bildung und Halbbildung nicht zu trennen, sondern steht in einem wesentlichen Zusammenhang. Beide aber weisen auf die Problematik des Kulturbegriffs hin; die Kultur wiederum hat einen Doppelcharakter, der auf die Gesellschaft zurückverweist und zwischen der Gesellschaft und den historisch wechselnden Gestalten von Bildung vermittelt. Nach dem Sprachgebrauch galt Kultur einzig als „Geisteskultur“, doch wurde sie im nachfeudalistischen Bürgertum selbstgenügsam. In der Vergeistigung von Kultur ist gleichzeitig ihre Ohnmacht bestätigt, denn Kultur selbst ist nicht indifferent — sie verweist wesensmäßig auf Werte wie Humanität und

Freiheit. Erstarrt aber einmal das Kraftfeld Kultur zur Kategorie, so gerät sie wie jede isolierte Theorie in Widerspruch zu dem von ihr Gemeinten und gibt sich her zur Ideologie. Diese Dynamik der Kultur ist zugleich die der Bildung, sie ist keine Invariante. Mit dem Bürgertum emanzipierte sich diese Idee, sie wurde reflektiert, ihrer selbst bewußt, auf den Menschen schlechthin übertragen; ihre Verwirklichung sollte der einer bürgerlichen Gesellschaft von Gleichen und Freien entsprechen, und sie sollte den einzelnen befähigen, sich in dieser freien Gesellschaft als Freier zu bewähren. Aber in der Praxis ergab sich der Widerspruch; die Qualitäten, die den Charakter als Bildung erhielten, befähigten die aufsteigende Klasse zum Aufstieg: ohne Bildung hätte der Bürger kaum als Unternehmer oder Beamter reussiert; die Besitzenden aber verfügten auch in der Gesellschaft der Gleichen über das Bildungsmonopol, während ungünstige soziale Verhältnisse dem Proletariat die Voraussetzungen, und unter diesen vor allem die Muße, zur Bildung vorenthielten.

Angesichts dieses Antagonismus in der Gesellschaft selbst reicht das Bildungsideal nicht mehr zu seiner eigenen Erklärung aus. Dann aber wandelt sich die Ideologie gründlich, die sozialen Grenzen werden verflüssigt, die „soziale Integration“ öffnet immer mehr Kanäle der Bildung für die unteren Klassen. Aber jetzt werden die Gehalte von Bildung über den Marktmechanismus dem Bewußtsein derer angepaßt, die bisher ausgesperrt waren und denen diese Bildung nun zuteil werden soll. Doch die gesellschaftliche Struktur und ihre Dynamik verhindern, daß die Kulturgüter erweckt und ihnen so zugeführt werden, wie es in ihrem Begriff liegt. Daß die Millionen, die früher nichts von diesen „Kulturgütern“ wußten, jetzt mit ihnen überflutet werden, ohne psychologisch darauf vorbereitet zu sein, ist vielleicht noch das Harmloseste, vielmehr geht es jetzt der Bildung selbst an den Lebensnerv; jetzt steht Bildung nämlich an vielen Orten als Umständlichkeit dem Fortkommen hinderlich im Wege: „Wer noch weiß, was ein Gedicht ist, wird schwerlich eine gutbezahlte Stellung als Texter finden.“

Auch wenn er sich auf klassische Bildungsbegriffe bezog, wollte Adorno keineswegs der Restitution einer vergangenen Bildung das Wort reden, er stellte aber fest, die Menschheit habe die Stunde versäumt, in der sie über die verhängnisvolle Spaltung von Bildung und Unbildung hinausgelangen konnte; dadurch wird dieser traditionell fragwürdige Begriff der Bildung im Augenblick seines eigenen Unterganges verklärt, dadurch wird der vergangene Bildungsbegriff zum Maß dessen, was sich heute zuträgt.

Im Klima von Halbbildung überdauert der verbilligte Gehalt der Bildung als warenhaft verdringlicher Sachgehalt von Bildung. Bezeichnend für „arrogante Formulierungen wie Volksbildung“ sieht Adorno es an, daß der Begriff der echten Bildung selber nicht mehr gegenwärtig ist. Demgegenüber herrscht heute die „pseudodemokratische Verkäuferideologie“ in der Auffassung vor, „Bildungsgüter“ könnten allen erreichbar gemacht werden. Vielmehr verändern die

sogenannten „Kulturgüter“ durch eine derartige Verbreitung ihren Sinn, so entsteht „zur Halbbildung sozialisierte Bildung“. Das nur halb Verstandene und halb Erfahrene der Bildung ist ihr Todfeind; Bildungselemente, die ins Bewußtsein geraten, ohne eingeschmolzen zu sein, verwandeln sich in böse Giftstoffe, die Popularisierung lenkt vom Wesentlichen ab; so sabotiert das Hilfsmittel der Verbreitung das Verbreitete.

Adorno stellte selbst fest, daß die von ihm gesagten Dinge übertrieben seien, so wie allerdings Übertreibungen ein wesentliches Element der Theorie bedeuten und andererseits erst Sozialforschung notwendig gemacht hätten. Aber: „die Wirklichkeit selber hat gewisse Tendenzen, die nur von der Übertreibung getroffen werden können, weil nur solche Übertreibung es vielleicht vermag, die geschlossene Fassade dieser Realität zu zerschlagen“.

Mit diesen Realitäten befaßte sich der Fachausschuß „Soziologie der Erziehung und Bildung“; hier kam die jüngere vorwiegend empirisch arbeitende Soziologengeneration zu Worte. Zur Diskussion standen in erster Linie die Menschen, die Bildungsaufgaben an verschiedenen Altersgruppen zu erfüllen haben. Professor Dr. L e m b e r g und Dr. K o b zeichneten das Bild des Lehrers, wie es sich historisch entwickelt hat und wie es sich nach Befragungen von Lehrern und Eltern in der Gegenwart darstellt. Soziologisch besonders interessant erschien hierbei die Gestalt des Studienrates, der zum Teil als durch pädagogische Pflichten „behinderter Wissenschaftler“ seinen Beruf als Auffangberuf einschätzt, der ihm eine seinen echten Interessen entsprechende Beschäftigung außerhalb der Schule ermöglichen soll. Wie Dr. Kob, gestützt auf die Befragungsergebnisse, darlegte, zeigt vor allem dieser Typ des Lehrers Mängel im Erzieherischen, und zwar etwa die Hälfte der Befragten fällt unter diese Kategorie. Jüngere Teilnehmer hegten allerdings auf Grund eigener Erfahrungen Zweifel, ob diese an den pädagogischen Aufgaben wenig interessierten Studienräte tatsächlich trotz ihrer risikolosen, da wirtschaftlich gesicherten Position, so viel Initiative zur weiterführenden wissenschaftlichen Arbeit entwickeln. Eindeutig ging aus der Befragung der Lehrer wie der Eltern hervor, daß auch die Kooperation der spezifischen Erziehungsinstitutionen noch keineswegs zufriedenstellen kann. Andererseits wurde aus dem Bericht von Dr. Strzelewicz über eine Göttinger Studie über Bildungserwartungen und Bildungsinteressen der westdeutschen Bevölkerung die Bedeutung der Dauer und der Qualität des Schulunterrichts für die Aufgeschlossenheit gegenüber der Erwachsenenbildung deutlich.

Zu diesem Fragenkreis sprach R e c h t s a n w a l t H. B e c k e r unter dem Thema „Sozialforschung und Bildungspolitik“. Er wies hierbei auf den auch heute noch vielfach zu beobachtenden „antisoziologischen Affekt“, auf die weit verbreitete Sorge vor dem Eindringen der Soziologie in die Bereiche der alten Wissenschaften, auf die Sorge vor dem Aufdecken von Sachzusammenhängen hin. Zwar

haben Vertreter beider Konfessionen klargestellt, daß die Aufdeckung solcher Zusammenhänge nicht dem kirchlichen Glauben widerspreche. Die Soziologie steht nach Beckers Darlegungen immer noch zwischen der modernen Welt der Naturwissenschaften und dem modernen Naturschutzpark der Geisteswissenschaften, vor allem entwickelt sie noch zu wenig Selbstvertrauen und ist in dieser Situation immer wieder in Gefahr, sich anderen Wissenschaften auszuliefern. Hiervor warnt Becker ausdrücklich, wenn die Soziologie sich die Aufgabe gestellt hat, das Leben auf dieser Welt menschenwürdig zu machen.

Becker vertrat in diesem Zusammenhang den Standpunkt, daß die Soziologie ihre Tätigkeit gerade im Zusammenhang mit einer konkreten Sachaufgabe entfalten müsse, sie könne ihre Kraft nur aus konkreten Aufgaben erhalten. Er gab allerdings zu, daß die Forderung, bildungspolitische Entscheidungen auf Ergebnisse moderner Sozialforschung zu stützen, bei den Vertretern unseres Bildungswesens heute noch einen Schock hervorruft: man könnte von der Soziologielosigkeit der Bildung sprechen. Hierzu trägt auch die traditionelle Isoliertheit des Staates vom gesellschaftlichen Denken bei, die bis zu der gefährlichen Zufriedenheit weiter Teile der Verwaltung mit den derzeitigen Zuständen geht. Sie hat bisher auch die Sozialforschung auf diesem Gebiet verhindert. So drängt die Verwaltung die Soziologie in einen verwaltungsfreien Raum. In der pluralistischen Gesellschaft wird diese Soziologie leicht Interessen-Soziologie, die nicht mehr auf das Ganze bezogen ist. Die Sozialforschung verliert aber den Zusammenhang mit der Wahrheit, wenn sie von dem Zusammenhang mit dem Ganzen abgeschnitten wird.

Man spricht gelegentlich abschätzig von Bindestrich-Soziologien; dieser Bindestrich bedeutet aber, daß die soziologische Betrachtungsweise sich auch auf Gebieten durchzusetzen beginnt, auf denen der Staat bisher mit den Mitteln des 17. Jahrhunderts auszukommen glaubt. Auch auf dem Gebiete der Bildung sind soziologische Tatbestände bisher noch nicht in genügendem Maß der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden.

Aber auch die Soziologie ist nicht ganz schuldlos an dieser Situation; selbst die Sozialforschung spricht heute noch eine Sprache, die auch für das gebildete Publikum oft nur schwer verständlich ist und dadurch ebenfalls zum antisoziologischen Affekt beiträgt.

Auch dort, wo die Sozialforschung bereits Untersuchungen aufzuweisen hat, ist immer wieder ihre Sorge vor Folgerungen aus den Ergebnissen ihrer wissenschaftlichen Analyse zu bemerken; es ist aber nötig, daß auch der Soziologe sich an diese Entscheidung wagt. Erst wenn die Untersuchung auch zu einer Entscheidung führt, entwickelt sich aus dieser Entscheidung heraus die Einzelheit der Dinge, die er zu prüfen hat, in ihrer vielfältigen Bedeutung; aber auch die Vitalität der Forschung hängt mit diesen Folgerungen eng zusammen. Auch die Träger der Kultur- und Bildungspolitik können nur gestalten, wenn sie sich auf Ergebnisse der Forschung stützen können. So genügt es

also auch nicht, Untersuchungen und Erhebungen anzustellen, sondern sie müssen auch da ausgewertet werden, wo sie gerade unbequem sind.

Wenn Becker die Chance der Sozialforschung unterstrich, verbindend zwischen den Wissenschaften zu wirken, hätten die Beratungen des Fachausschusses für Industriosociologie gute Gelegenheit geboten, einen solchen Zusammenhang der Soziologie und der Wirtschaftswissenschaft zu demonstrieren. Unter Kurzreferaten zu Einzelfragen der Industriosociologie über betriebliche Konflikte (D r. B a h r d t), Autoritätsausübung und Disziplinarfunktion (D r. W e l t z), der Leistungslohn als betriebliches Herrschaftsinstrument (B u r k h a r d t L u t z), die Einstellung der Belegschaft zu technischen Neuerungen (D r. J ü r e s) fiel dem Chronisten in dem Beitrag von T h e o P i r k e r über Technischen Fortschritt und Management eine Feststellung auf: der Referent glaubte, eine „Automatisierungsmüdigkeit“ beim Management feststellen zu können; er stellte hierbei den rationalistischen Charakter des Managements in Frage. er sprach von der „Entrücktheit“ des Managements, von der „Blindheit der Führungskräfte“. Er meinte, das Management würde sich weigern, die Fortschritte der Automation anzuerkennen. An Stelle der Argumentation mit so vagen Begriffen wäre es sinnvoll und der Sache der Industriosociologie dienlicher gewesen, die Wirtschaftswissenschaft zu Rate zu ziehen und Gesichtspunkte der optimalen Kombination der Produktionsfaktoren zu berücksichtigen. Ein Blick in die Publikationen auf dem Gebiet der Wirtschaftsforschung hätte den Referenten auch über das in den letzten Jahren verlangsamte Wirtschaftswachstum informiert, das logischerweise — auch im Interesse der Arbeitnehmer — die Bereitschaft des Managements zu Automatisierungsvorhaben mindern muß. Die Wirtschaftstheorie bezieht mehr und mehr psychologische und soziale Faktoren in ihre Betrachtung ein und hat dadurch an Erkenntnismöglichkeiten gewonnen. Ebenso würde auch die Soziologie z. B. in dem hier angeführten Fall davon Nutzen haben, wenn sie, so wie es auch Becker in dem zuvor erwähnten Referat anregte, von sich aus die Verbindung zu anderen Wissenschaften pflegte. Derartige Mißverständnisse könnten dann nicht eintreten.

Das Schwergewicht der Beratungen des Fachausschusses Industriosociologie lag bei dem Referat von D r. K l u t h über „Technische und nicht-technische Determinanten der Arbeitsorganisation“. Kluth stellte auf Grund der Untersuchungsergebnisse in mehreren Betrieben einer Branche fest, daß heute oft weniger die technischen als vielmehr die sozialen Faktoren über die betriebliche Organisation entscheiden. Während die frühindustrielle Auffassung des Verhältnisses von Technik und Arbeitsorganisation von Marx durch den bekannten Satz charakterisiert wurde, daß die Arbeit sich verschieden organisiert und teilt, „je nach den Werkzeugen, über die sie verfügt“, ist diese Deutung heute nicht mehr belegbar. Kluths Forschungen widerlegen vielmehr diese — für die frühindustrielle Zeit entwickelte — These von Marx; zumindest die „lineare Organisation“ kann eigenen, dem Ein-

fluß der „Technik“ weitgehend entzogenen Gesetzen der Autoritätsverteilung im Betrieb folgen. Man hat also durchaus schon erkannt, so führte Kluth aus, daß es im Betrieb zumindest zwei konkurrierende und konfligierende, eigenen Gesetzen unterworfenen Orientierungs- und Handlungssysteme gibt: ein technisches und ein soziales, die für die jeweilige formale Organisation (funktionale und lineare) eines Betriebes verantwortlich sind. Fraglich war dies allerdings bisher für den Teil des Betriebes, wo technische und soziale Sphäre sich unmittelbar zu berühren scheinen: für den Bereich der Maschinenarbeit, wo noch die frühindustrielle Vorstellung von der Fremdbestimmtheit der menschlichen Arbeit nachwirkt. Dies hat die technische Entwicklung selbst abgewandelt: Sobald in einem Bereich fortgeschrittenster Produktionstechnik die „Maschine“ den Menschen aus der Notwendigkeit entläßt, sie zu „bedienen“, tritt auch der Einfluß der „Technik“ auf Form und Organisation der menschlichen Arbeit zurück, dann und dort gerät die Arbeitsorganisation mehr und mehr unter den Einfluß von Kräften des sozialen Handlungs- und Orientierungssystems. Kluth konnte an seinen Untersuchungsergebnissen belegen, daß die Perfektionierung der technischen Apparatur tatsächlich den Einfluß der sozialen Faktoren verstärkt, so daß sich die Spannungen zwischen technischer und sozialer Sphäre auflösen. Werden bei Konflikten „technische Argumente“ vorgebracht, so handelt es sich bei ihnen lediglich um „ideologische Verkleidung sozialer oder ökonomischer Ansprüche“.

Ohne die Ergebnisse seiner Betriebsuntersuchung zu „überfollern“, konnte Kluth doch an ihnen demonstrieren, wie Einflüsse dreier Bereiche in dem von der Technik ausgesparten Raum der Entscheidung über das Wie? und durch Wen? wirksam werden: des Betriebes selbst, des zwischenbetrieblichen Bereiches und des außerbetrieblich-gesellschaftlichen Bereiches. Der Referent gab interessante Beispiele für die Methode, bei Gegensätzen des Produktions-Managements und der Arbeiterschaft Anlehnung an außerbetriebliche Einflüsse zu suchen, wie andererseits beide Gruppen gemeinsam gegen von „außen“ kommende Einflüsse Front machen, wenn sich ihre Interessen unabhängig von unterschiedlichen Motiven in wesentlichen Punkten treffen, und dann wiederum die Berufung auf technische Notwendigkeit als stärkste Kraft ins Feld führen. Bereits diese kurze Skizze der Ausführungen Kluths dürfte beweisen, daß es ihm in seltener Weise gelungen ist, hier die Synthese von Theorie und Empirie herzustellen.

In den Sitzungen des Fachausschusses für Religionssoziologie wurde erkennbar, daß die deutsche Soziologie zwar bestrebt ist, mit großer Intensität die Lücke der Jahre nach 1933 zu schließen, daß hier aber noch ein erheblicher Nachholbedarf an Forschung besteht. Das kam vor allem in dem Referat von Professor Dr. Goldschmidt über „Standort und Methoden der Religionssoziologie“ zum Ausdruck, in dem Goldschmidt nach einer kurzen Einführung in die Arbeits-

weise und die Ziele dieses seit 1957 arbeitenden Fachausschusses einen Überblick über die Entwicklung der deutschen Religionssoziologie bis 1933 gab. Nach dem Krieg war ein neu erwachtes Sozialbewußtsein in den Kirchen festzustellen, dessen Erkenntnisse allerdings inzwischen im kirchlichen und öffentlichen Bewußtsein wieder verschwunden sind und heute lediglich in der starken personellen Besetzung der soziologischen Arbeit von kirchlicher Seite nachwirken. Goldschmidt gab einen Überblick über die Kristallisierung der heutigen deutschen Religionssoziologie um die drei Wissenschaftszentren der säkularen Forschungsstätten innerhalb und außerhalb der Universitäten, der Institute für Gesellschaftslehre an theologischen Fakultäten und der kirchlichen Institute mit mehr oder weniger Bezug auf ihre praktische Arbeit.

Im Gegensatz zur ausländischen Wissenschaft hat die deutsche Religionssoziologie bisher nur bescheidene theoretische Versuche vorzuweisen, und in den acht Gruppen, zu denen der Referent die bisherige Aktivität auf diesem Gebiet zusammengefaßt hatte, spielt Religionssoziologie im engeren Sinne zum Teil nur eine Nebenrolle. Deshalb faßt Goldschmidt die vor der deutschen Religionssoziologie liegenden Aufgaben in vier besonders brennende Problemkreise zusammen: Fortführung der empirischen Arbeiten auch der Soziologie der Kirchengemeinden, örtliche Gemeindestudien der Rolle der Kirchengemeinden und der einzelnen Christen im Gesamtgefüge der Gesellschaft, Untersuchungen über die Religiosität der nachchristlichen säkularisierten Masse und schließlich die Erforschung der Beziehungen von Theologie und Soziologie. Gerade aus christlichem Engagement sollte der Religionssoziologe zur Entideologisierung der Ethik, zur Denunziation des Wahns beitragen; im wohlverstandenen Interesse der Religion dürfte ihm hierbei keine Institution oder Religion zu heilig für deren Erforschung sein.

Professor Dr. Neundörfers Beitrag über „Amt und Dienst — die Funktion der Kirche in der modernen Gesellschaft“ ging davon aus, daß die Kirche für den Christen nicht irgend ein Sozialgefüge ist, dem man zugehört, sondern daß sie für ihn heilsgeschichtlichen und eschatologischen Charakter hat. „Gerade dem aber, der dies anerkennt und tief im Herzen bejaht, ist es gegeben, sie als eine gesellschaftliche Institution zu sehen.“ Dadurch verliert die Kirche nichts von ihrem Grundcharakter, aber die Gesellschaft ist um eine Institution reicher. Niemand, der sich die Nüchternheit der Beobachtung bewahrt hat, so sagte Neundörfer, kann leugnen, daß die Kirche auch in der gegenwärtigen Form der Gesellschaft eine Realität und auf das persönliche wie das soziale Leben wirkfähig ist.

Als spezielle Fragen behandelte Neundörfer die soziale Funktion von Amt und Dienst und die Rolle, die dabei die Kirche einnimmt, sowie ihren damit verbundenen besonderen Beitrag zu dem Leben der modernen Gesellschaft. Aus der sprachgeschichtlichen Ableitung von Kirche und Gemeinde entwickelte der Referent die Charakteristik der

Kirche als „Haus des Herrn“ und zugleich als ebenfalls gefügte, gebaute, nach rationalen Gesichtspunkten aus Teilen geordnete Institution. In der Gemeinde sind die Menschen untereinander und in Christo mit Gott verbunden, damit — ohne ihre Individualität zu verlieren — der Einsamkeit enthoben. Von dieser Umformung des Daseins und dieser Verbundenheit gehen Kräfte zur Bewältigung des Lebens aus, doch wird vom einzelnen gleichzeitig das immer erneute eigene Handeln gefordert. Neundörfer stellte fest, daß die so entstehende Gemeinschaft — die Gemeinde — in ihrer inneren Struktur vieles mit der Familie gemeinsam habe.

Dieses der Familie und Ehe ähnliche Verbundensein in der Gemeinde ist allerdings nicht meßbar, auch nicht mit noch so verfeinerten statistischen Methoden durch Beobachtung des Kirchenbesuches, des Sakramentsempfanges oder der Beteiligung an kirchlichen Veranstaltungen. Zu den Ordnungselementen der Kirche zählt das Amt: der Pfarrer als Prototyp des Beamten in der Kirche ist Verwalter, er hat — wenn auch mit anderen Zielsetzungen — eine soziale Funktion in seiner Pfarrei, wie sie der Bürgermeister in der Ortschaft ausübt. Er hat darüber hinaus richterliche Funktion mit der Gewalt zu binden und zu lösen; er ist schließlich als Seelsorger Diener am Gemeinwohl.

In einer sozialgeschichtlichen Betrachtung legte Neundörfer dar, wie Amt und Dienst seit Jahrhunderten in immer weiteren Bereichen als soziale Funktionen an Bedeutung gewonnen haben. Auf der einen Seite erwarten die Menschen in zunehmendem Maße vom Staat ordnendes und helfendes Eingreifen, in der Wirtschaft erfolgt im Verlauf der Technisierung der Industrie eine allmähliche, aber ständige Verlagerung der Aktivität zu den Dienstleistungen. Unter diesen Aspekten überprüfte der Referent auch Amt und Dienst der Kirche in der gegenwärtigen und in einer zukünftigen Gesellschaft. Trotz der über hundertjährigen Los - von - der - Kirche - Bewegung gehören über 90 vH der Deutschen einer der großen christlichen Kirche an, wengleich zwei Drittel von ihnen, die „Lauen“, die Dienste der Kirche kaum in Anspruch nehmen. Allerdings suchen sie an den vier entscheidenden Punkten ihres Lebens: Geburt und Tod, Eintritt in das Reifealter und Gründung der Lebensgemeinschaft den Kontakt zur Kirche und ihre Amtshandlung. Als Motive dieses Verhaltens führte Neundörfer an: das tief im Menschen wurzelnde Verlangen, als Sozialwesen bestätigt zu sein. Gerade unsere Zeit, in der viele die Unbeständigkeit anderer Zuordnungen erfahren mußten, hält er für besonders aufgeschlossen für eine solche Gewißheit einer Zugehörigkeit zu einer Menschengemeinschaft. „In dem Maße, in dem Wandelbarkeit und Unstete sozialer Ordnungssysteme allgemein bewußt werden, wächst der Wille, sich nicht aus einer sozialen Institution auszuschließen, die ihre Stete durch eine Geschichte von über tausend Jahren zeigen kann.“

Bei der Untersuchung der Dienste, die die Kirche von heute den Menschen anzubieten hat, zog der Referent eine Parallele zu der Auf-

gabe der Ärzte, mehr und mehr auch als Ratgeber in unbewältigten menschlichen Situationen zu wirken. Die Grenzen zwischen Arzt und Priester werden dadurch fließend, und ebenso wie beim Arzt Kontaktfähigkeit, Aufgeschlossenheit für die Nöte des Hilfesuchenden, eigene Lebenserfahrung ihm erst die Glaubwürdigkeit und damit die Wirkkraft seiner menschlichen Hilfe verleihen, ist auch die Fähigkeit zur Seelsorge dem Priester nicht von Amts wegen gegeben und auch nicht zu erlernen. Allerdings erschöpft sich die Seelsorge im Bereich der Kirche nicht in den individuellen Diensten, sie bietet denen, die ihr Angebot annehmen wollen, den weiteren Dienst, sie zu kultischen Handlungen im Gottesdienst mit Stille, Besinnung auf sich selbst in einer von Reizen überfluteten Welt zu versammeln. Damit erfüllt nach Neundörfers Ausführungen die Kirche eine auch für die moderne Gesellschaft wichtige Funktion.

Von der Fülle der auf dem Soziologentag gebotenen Anregungen kann hier nur ein ungefährer Eindruck vermittelt werden; der Fachausschuß für Ethnosozioogie behandelte eine Reihe von Spezialthemen; in einer internen Arbeitssitzung des Fachausschusses für Methodenfragen wurde unter dem Vorsitz von Frau Dr. Pfeil nach einem Referat von Frau Dr. Noelle-Neumann über die Interviewkonzeption beraten.

Mit besonderem Interesse erwartete man am zweiten Kongreßtag das Symposium über das Thema „Deutschlands Beitrag zur Soziologie international gesehen“ mit Professor Howard Becker, Wisconsin, Professor Boumann, Groningen, Professor Beerling, Leiden, Professor Morris Ginsberg, London. Professor Raymond Aron, Paris, der die Leitung des Symposium übernehmen wollte, war leider erkrankt, so daß die große Grundsatzdebatte ausblieb. Zu den Ausführungen Professor Howard Beckers über den Einfluß der deutschen Soziologie auf die amerikanische Wissenschaft meinten jüngere deutsche Soziologen, es sei bedauerlich, daß man in den Vereinigten Staaten offenbar wenig über die Entwicklung der deutschen Soziologie seit 1945 informiert sei. Bei der Kritik der anderen ausländischen Soziologen an der philosophischen Orientierung der deutschen Soziologie wurde andererseits anerkannt, daß man in Deutschland heute doch eine Verbindung von Theorie und Empirie suche.

Stephanie Münke-Berlin